

## Beschluss: Resolution zum Klimaschutz in Deutschland

### Paris und dann?

Am „Earth Day“, dem 22. April 2016, hat Deutschland neben 164 weiteren Staaten das Abkommen von Paris unterzeichnet, das auch als Weltklimavertrag bezeichnet wird. Bei seinem Abschluss wurde es als großer Durchbruch in der internationalen Klimadiplomatie gefeiert. Größter Erfolg dabei war, dass die Staatengemeinschaft gemeinsam beschloss, sich zu bemühen, den globalen Temperaturanstieg nach Möglichkeit auf 1,5°C<sup>1</sup> als Obergrenze zu beschränken.

Wie die eingehende BUNDjugend-Analyse<sup>2</sup> des Textes allerdings zeigt, kann das Abkommen die gesetzten Ansprüche nicht erfüllen. Um die 1,5°C-Obergrenze einzuhalten, müssen nach Stand der Forschung die Staaten des Globalen Nordens bis zum Jahr 2030 aus allen fossilen Energieträgern ausgestiegen sein, ab 2050 dürfen keine vom Menschen verursachten Treibhausgase mehr entstehen. Das Abkommen von Paris gibt keine Antworten, wie das genau zu bewerkstelligen ist. Außerdem ist das Abkommen zutiefst ungerecht, da die Staaten nicht im selben Maß zur Emissionsreduktion beitragen, wie sie anteilig den Klimawandel verursacht haben. Zudem gibt es keine Haftung für entstandene Klimaschäden und zu wenig finanzielle Mittel für Anpassungen an die neuen Klimaverhältnisse.

Damit die Klimaziele noch erreicht werden können, reicht es nicht aus, wohlfeile Ziele zu stecken: Es müssen Taten folgen. Mit dem bisher eingeschlagenen Emissionspfad ist das globale CO<sub>2</sub>-Budget schon 2020 aufgebraucht – bevor die Paris-Vereinbarung überhaupt in Kraft tritt. Gerade Deutschland, das maßgeblich an der Verankerung der 1,5°C-Obergrenze im Vertrag mitgewirkt hat, steht nun in der Pflicht, mit den in Paris proklamierten „hohen Ambitionen“ voran zu gehen und dem Selbstbild als Klimaschutzvorreiter mit drastischen Emissionsreduktionen gerecht zu werden.

- **Pläne gibt's genug – Klimaschutz muss Gesetz werden.** Im Sommer möchte die Bundesregierung ihren Klimaschutzplan 2050 vorstellen, der Klimaschutzvorhaben bis zur Mitte des Jahrhunderts zusammentragen soll. Es ist zwingend notwendig, dass dieser Plan einen Weg einschlägt, der eine Temperatursteigerung von mehr als 1,5°C verhindert. Damit der Plan nicht nur auf geduldigem Papier steht, müssen seine Ziele gesetzlich festgelegt und die dazu notwendigen Maßnahmen eingeleitet werden. Alle bestehenden

---

<sup>1</sup> Beispielsweise zur Debatte um die 1,5°C-Obergrenze:

<http://www.klimaretter.info/klimakonferenz/klimagipfel-paris/hintergrund/20295-zwischen-gefaehrlich-und-toedlich>

<sup>2</sup> Siehe unter [http://www.bundjugend.de/wp-content/uploads/BUNDjugend-Einschätzung-Paris\\_Final.pdf](http://www.bundjugend.de/wp-content/uploads/BUNDjugend-Einschätzung-Paris_Final.pdf)

und zukünftigen Gesetze, Infrastrukturvorhaben und Subventionen müssen auf ihre Klimawirkung untersucht und klimaschädliche Auswirkungen verhindert werden.

- **Kohleausstieg jetzt – Strukturwandel gestalten.** Der Ausstieg aus dem klimaschädlichsten Energieträger Kohle ist überfällig und muss sofort beginnen. Damit die Menschen in den betroffenen Regionen nicht unter den Auswirkungen eines Strukturbruchs leiden, muss jetzt vor Ort in neue Perspektiven investiert und der Wandel sozialverträglich gestaltet werden.
- **Energiewende nicht abwürgen.** Die anstehende EEG-Reform darf nicht dazu führen, dass der Ausbau von Windkraft an Land und Photovoltaik weiter einbricht. Auch Großverbraucher\*innen müssen in die EEG-Umlage einzahlen. Bürger\*innenenergiegenossenschaften dürfen keine weiteren Hürden in den Weg gelegt werden, um eine dezentrale Stromversorgung in Bürger\*innenhand zu garantieren. Im Wärmebereich wird derzeit einseitig auf Gebäudedämmung gesetzt, auch Großverbraucher\*innen und Industrie müssen Einsparungen leisten. Sanierungen müssen sozialverträglich sein.
- **Neue Wege in der Verkehrspolitik einschlagen.** Im Verkehrssektor haben seit den 90er-Jahren keine Emissionsminderungen stattgefunden. Umso wichtiger ist es, jetzt die Wende einzuleiten und von der ideologisch auf das Auto fokussierten Verkehrspolitik der letzten Jahrzehnte wegzukommen. Der vom Verkehrsministerium vorgelegte Entwurf des Bundesverkehrswegeplans ist nicht hinnehmbar und erfüllt die eigenen Ansprüche zur Umweltverträglichkeit nicht. Die deutschen Städte müssen weitestgehend autofrei werden. Fuß-, Rad- und öffentlichem Nahverkehr muss Vorrang eingeräumt werden.
- **Sozial-ökologische Transformation einleiten.** Das kapitalistische Wachstumsmodell mit seinem ungerechten und zerstörerischen Ressourcenverbrauch hat ausgedient. Wir brauchen ein soziales und ökologisches Gesellschaftsmodell, das global für alle Menschen ein würdiges Leben innerhalb der planetaren Grenzen ermöglicht. Wir brauchen eine Politik, die genügsame Lebensstile begünstigt. Der Ressourcen- und Energieverbrauch sowie Vermögen und Kapitalerträge müssen steuerlich stärker belastet werden.